

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 08 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung der Fachausschüsse

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie befasste sich abschließend in seiner 21. Sitzung am 10. November 2021 mit dem Entwurf des Einzelplanes 08 und empfahl dessen Annahme in der Fassung seiner Beschlüsse.

C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 08 in seiner 39. Sitzung am 22. November 2021. An der Beratung nahmen u. a. der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie, die Ministerin der Finanzen und für Europa sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Energie,
- 2 gemeinsame Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- 10 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus der AfD-Fraktion,
- 3 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds aus der Fraktion DIE LINKE und
- 8 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Die beiden gemeinsamen Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus den Koalitionsfraktionen wurden angenommen, einer von ihnen einstimmig. Er bezweckt die Neueinrichtung des Titels 526 50 im Kapitel 08 140 für gutachterliche Ausgaben für die Gefahrenabwehr und Begleitung von Gefahrenabwehrmaßnahmen im Bergbau mit einem Ansatz in Höhe von 1 260 000 Euro. Die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung mit einem Volumen von 500 000 Euro und die Ausbringung von Erläuterungen ergänzen dies.

Mehrheitlich wurden bei Kapitel 08 050 Titel 683 40 – Unterstützung von Kommunen bei landesbedeutsamen Standortentwicklungen – bis zu sechs zusätzliche Stellen beschlossen, deren Besetzung bis zur Vorlage der Ergebnisse des Industrie- und Gewerbeflächenkonzeptes für das Land Brandenburg gesperrt sind.

Alle anderen Änderungsanträge fanden jeweils keine Mehrheit.

Änderungsanträge vonseiten der AfD-Fraktion richteten sich u. a. auf ein Re-Start-Programm für Soloselbständige und Freiberufler, die Tourismusförderung, den Re-Industrialisierungspark Elbe-Elster, die Förderung von Forschungseinrichtungen, darunter der Forschung in der Kernkrafttechnologie, ein Förderprogramm für Patentanmeldungen und die Erhöhung der Mittel für Unternehmensnachfolgen und Insolvenzvermeidung.

Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserstoffstrategie, die Erhöhung des Ansatzes für Kleinspeicherprogramme und die Stärkung der Fachstelle Migration waren Ziele der Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE.

Gleichmaßen die Förderung von Kleinspeicheranlagen, aber auch die Förderung des Handwerks und des Tourismus, die Erhöhung des Ansatzes für Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen, Zuschüsse zur Erschließung von Auslandsmärkten, die Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der Anteilsfinanzierung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft waren Gegenstand der Änderungsanträge der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

In der Schlussabstimmung beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit sechs Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und drei Stimmenthaltungen, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 08 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beige-fügten Anlage 1 zu ersehen. Eine Übersicht aller vorliegenden Änderungsanträge, einschließlich der einzelnen Abstimmungsergebnisse, kann Anlage 2 entnommen werden.

Anlagen

- Anlage 1: Veränderungsnachweis
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Energie (ohne Anlagen)

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022),
Drucksache 7/4212**

Gesamtübersicht

Einzelplan 08

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Beträge in Euro			
	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
Gesamteinnahmen	425.470.200	--	425.470.200
Gesamtausgaben	675.819.300	<u>+1.260.000</u>	<u>677.079.300</u>
Verpflichtungs- ermächtigungen	838.291.600	<u>+500.000</u>	<u>838.791.600</u>
Stellen	434	--	434

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

08 050 Wirtschafts- und Strukturförderung

(S. 67)

(S. 70) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit
Ausnahme für Investitionen

683 40	Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB)	12.717.200	--	12.717.200
---------------	--	------------	----	------------

(S. 72)

Haushaltsvermerk (Änderung):

Bei bis zu 10 Stellen des Stellensolls für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen vorübergehend kostenneutral höhere tarifliche Entgelte gezahlt werden als es der Wertigkeit der Stelle entspricht, sofern gleichzeitig ein gleich hoher Betrag an unterwertig oder nicht besetzten Stellen eingespart wird.

Bis zur Billigung des Wirtschaftsplans kann ein Betrag i. H. v. monatlich einem Zwölftel der zu erwartenden Zuwendung des Landes freigegeben werden.

Bis zu 6 zusätzliche Stellen (5 EG 13 Stufe 5 und 1 EG 14 Stufe 5) sind bis zur Vorlage der Ergebnisse des Industrie- und Gewerbeflächenkonzeptes für das Land Brandenburg gesperrt.

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
	<p>Erläuterungen (Änderung):</p> <p>Die Ausgaben dienen der institutionellen Förderung der WFBB.</p> <p>Die WFBB ist ein wichtiges Gestaltungsinstrument der Landesregierung zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgelegten Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik des Landes Brandenburg.</p> <p>Sie dient der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes Brandenburg, insbesondere durch die Wahrnehmung der folgenden, ihr obliegenden Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Anwerbung, Beratung und Betreuung im Land anzusiedelnder Unternehmen – Unterstützung im Land ansässiger Unternehmen bei ihrer Unternehmensentwicklung – Hilfestellung bei technologieorientierten Existenzgründungen – Beratung zu den Themen Fachkräfte, Qualifizierung, Integration in Arbeit und arbeitspolitische Instrumente des Landes – Unterstützung brandenburgischer Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland – Förderung von Technologietransfer und Innovation – Beratung von Energieerzeugerinnen und Energieerzeugern sowie gewerblichen oder kommunalen Energieverbraucherinnen und Energieverbrauchern – Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung wirtschafts-, arbeits- und energiepolitischer Strategien des Landes Brandenburg sowie – Branchen- und Standortmarketing – <u>Unterstützung der Kommunen bei landesbedeutsamen Standortentwicklungen</u> 			

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

08 050 Vorläufiger Wirtschaftsplan der Wirtschaftsförderung
(Anlage) Land Brandenburg GmbH (WFBB)
(S. 93)

(S. 94)

Stellenplan/-übersicht	Stellenzahl	
	Soll 2022	Soll 2022
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		
AT10 (B10)	1,00	1,00
AT9 (B9)	1,00	1,00
AT2 (B2)	1,00	1,00
E 15 Ü	4,00	4,00
E 15	10,00	10,00
E 14	24,00	<u>+1</u> <u>25,00</u>
E 13	70,00	<u>+5</u> <u>75,00</u>
E 12	11,00	11,00
E 11	9,00	9,00

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
	E 10	3,50		3,50
	E 9b	9,00		9,00
	E 8	16,00		16,00
	E 6	1,00		1,00
	Zusammen:	160,50	+6	<u>166,50</u>
	Stellen Auszubildende			
	AZUBI	3,00		3,00
	Zusammen:	3,00		3,00

08 140 Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe

(S. 164)

526 50 neu Gutachterliche Ausgaben für die Gefahrenabwehr und
611 Begleitung von Gefahrenabwehrmaßnahmen im Bergbau

(S. 173)

--	<u>+1.260.000</u>	<u>1.260.000</u>
----	-------------------	------------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	--	---------------------------

Verpflichtungsermächtigungen (neu):

	<u>2022</u> EUR	<u>2022</u> EUR	<u>2022</u> EUR
<u>Betrag</u>	--	+500.000	500.000
<u>davon fällig:</u>	--	--	
<u>2023 bis zu</u>	--	+500.000	500.000
<u>2024 bis zu</u>	--	--	
<u>2025 bis zu</u>	--	--	
<u>2026 ff. bis zu</u>	--	--	

Erläuterungen (neu):

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

- Sanierungsplanungen bis HOAI Stufe 2 für den Helenesee bei Frankfurt (Oder)
- notwendige geologische, geotechnische Detailerkundungen
- die geotechnische Gesamt- und Neubewertung in der Lausitz

**Darstellung der im Ausschuss für Haushalt
und Finanzen behandelten
Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 08

in Vorbereitung der 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg
für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212**

Darstellung Änderungsanträge

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AWAE	Abstimmung AHF
1	DIE LINKE	08 020	892 73 TGr. 73	40	Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserstoffstrategie	+5.000.000 VE+15.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 08 08 020 356 73 Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg - 5.000.000	2/11/0	2/9/0
2	AfD	08 020	683 90 TGr. 90	41	Re-Start-Programm für Soloselbstständige und Freiberufler	+4.000.000	EP 08 08 020 671 20 Entgelte und Erstattungen für die Geschäftsbesorgung ILB - 4.000.000	3/9/1	3/7/1
3	BVB/FW	08 030	686 11	46	Förderung des Handwerks	+120.000	EP 08 08 020 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget - 120.000	4/8/1	4/6/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AWAE	Abstimmung AHF
4	AfD	08 030	686 12	46	Budgets für Tourismusregionen	+ 1.200.000	<p>EP 08 08 040 883 64 Zuweisungen für Investitionen / Dekarbonisierung des Wärmemarktes - 250.000</p> <p>EP 08 08 040 891 64 Zuschüsse für Investitionen / Dekarbonisierung des Wärmemarktes - 950.000</p>	3/10/1	3/7/1
5	BVB/FW	08 030	686 12	46	Förderung des Tourismus	+ 406.900 Änderung Erläuterungen	<p>EP 08 08 020 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget - 356.900</p>	6/8/0	5/6/0
6	BVB/FW	08 030	862 10	46	Darlehen an KMU	+ 2.000.000 Änderung Erläuterungen	<p>EP 20 20 020 461 20 Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen - 2.000.000</p>	4/8/2	4/6/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AWAE	Abstimmung AHF
7	BVB/FW	08 030	534 64 TGr. 64	50	Zuschüsse zur Erschließung von Auslandsmärkten	VE+1.350.000	--	4/8/2	4/6/1
8	AfD	08 030	683 64 TGr. 64	51	Konzeptionierung eines Internetauftritts „BrandenburgNetz“	+ 50.000	EP 08 08 040 633 64 Sonstige Zuwendungen an Gemeinden / Regionale Energiekonzepte - 50.000	2/11/0	3/8/0
9	AfD	08 040	893 10	61	Re-Industrialisierungsprojekt Industriepark Elbe-Elster	+400.000	EP 08 08 040 526 30 Energiewirtschaftliche Gutachten - 400.000	2/11/0	3/8/0
10	AfD	08 040	892 64 TGr. 64	64	Forschung in der Kernkrafttechnologie	VE+30.000.000	--	3/11/0	3/8/0
11	DIE LINKE	08 040	893 64 TGr. 73	64	Kleinspeicherprogramm (Erhöhung)	+3.500.000 VE+4.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage - 3.500.000	3/8/3	2/6/3

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AWAE	Abstimmung AHF
12	BVB/FW Neudruck	08 040	893 64 TGr. 64	64	Kleinspeicheranlagen	+3.800.000	EP 20 20 020 461 20 Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen - 3.800.000	1/8/5	1/6/4
13	BVB/FW	08 040	893 64 TGr. 64	64	Kleinspeicheranlagen	+1.800.000	EP 20 20 020 461 20 Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen - 1.800.000	1/8/5	1/6/4
14	SPD/ CDU/ GRÜNE/ B90	08 050	683 40	72, 93 und 94	Unterstützung von Kommunen bei landesbedeutsamen Standortentwicklungen durch die WFBB	Änderung Haushaltsvermerk, Änderung Erläuterungen	--	8/3/4	6/1/4
15	AfD	08 050	686 61 TGr. 61	74	Mehr Geld für Investitionen von Forschungseinrichtungen	+1.000.000	EP 08 08 030 683 21 TMB - 1.000.000	2/11/2	3/7/1
16	BVB/FW	08 050	892 61 TGr. 61	75	Anteilsfinanzierung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft	+7.000.000	EP 20 20 020 461 20 Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen - 7.000.000	5/8/2	4/6/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AWAE	Abstimmung AHF
17	DIE LINKE	08 060	684 20	100	Stärkung der Fachstelle Migration und Gute Arbeit Brandenburg	+165.000 VE+495.000	EP 08 08 020 359 10 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage - 165.000	2/12/1	1/9/1
18	AfD	08 100	683 60 TGr. 60	117	Zweckbindung Blockheizkraftwerk Jänschwalde	Haushaltsvermerk neu: <u>„Vom Titelan-satz 2022 sind 10 Mio € verbindlich für das Blockheizkraftwerk einzusetzen.“</u>		4/10/1	3/7/1
19	BVB/FW	08 100	683 61 TGr. 61	121	Anteilsfinanzierung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft	+ 953.000	EP 20 20 20 461 20 Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen - 953.000	1/12/2	1/9/1
20	AfD	08 100	686 61 TGr. 61	121	Auflage eines Förderprogramms von Patentanmeldungen	+ 4.000.000	EP 08 08 020 671 10 Geschäftsbesorgung ILB - 4.000.000	4/10/1	3/8/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung AWAE	Abstimmung AHF
21	AfD	08 100	686 61 TGr. 61	121	Erhöhung der Mittel für Unternehmensnachfolge	+3.000.000	EP 08 08 030 972 20 Globale Minderausgabe + 3.000.000	4/10/1	3/7/1
22	AfD	08 100	686 61 TGr. 61	121	Mittel zur Insolvenzvermeidung durch Gutscheinsystem für Rechtsberatung	+479.600	EP 08 08 030 526 20 Gutachten - 93.100 08 030 541 20 Informationsveranstaltungen -7.500 08 050 683 69 Digitale Orte -279.000 08 060 671 10 LASA GmbH -100.000	4/10/1	3/7/1
23	SPD/ CDU/ GRÜNE/ B90	08 140	526 50 neu	--	Gutachterliche Ausgaben für die Gefahrenabwehr und Begleitung von Gefahrenabwehrmaßnahmen im Bergbau	Ansatz: 1.260.000 VE: 500.000 Erläuterungen	EP 20 20 020 972 10 Globale Minderausgaben +(-)1.260.000	15/0/0	11/0/0

Angenommene Änderungsanträge

zum

Einzelplan 08

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seiten: 72, 93 und 94	Kapitel: 0 8 0 5 0	Titelgruppe: 6 8 3 4 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB)		

Stichwort: Unterstützung von Kommunen bei landesbedeutsamen Standortentwicklungen durch die WFBB

Ansatz im Entwurf 2022	12.717.200 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	12.717.200 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Bei bis zu 10 Stellen des Stellensolls für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen vorübergehend kostenneutral höhere tarifliche Entgelte gezahlt werden als es der Wertigkeit der Stelle entspricht, sofern gleichzeitig ein gleich hoher Betrag an unterwertig oder nicht besetzten Stellen eingespart wird.

Bis zur Billigung des Wirtschaftsplans kann ein Betrag i. H. v. monatlich einem Zwölftel der zu erwartenden Zuwendung des Landes freigegeben werden.

Bis zu 6 zusätzliche Stellen (5 EG 13 Stufe 5 und 1 EG 14 Stufe 5) sind bis zur Vorlage der Ergebnisse des Industrie- und Gewerbeflächenkonzeptes für das Land Brandenburg gesperrt.

Verpflichtungsermächtigungen 2022:

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben dienen der institutionellen Förderung der WFBB.

Die WFBB ist ein wichtiges Gestaltungsinstrument der Landesregierung zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgelegten Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik des Landes Brandenburg.

Sie dient der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes Brandenburg, insbesondere durch die Wahrnehmung der folgenden, ihr obliegenden Aufgaben:

- Anwerbung, Beratung und Betreuung im Land anzusiedelnder Unternehmen
- Unterstützung im Land ansässiger Unternehmen bei ihrer Unternehmensentwicklung
- Hilfestellung bei technologieorientierten Existenzgründungen
- Beratung zu den Themen Fachkräfte, Qualifizierung, Integration in Arbeit und arbeitspolitische Instrumente des Landes
- Unterstützung brandenburgischer Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland
- Förderung von Technologietransfer und Innovation
- Beratung von Energieerzeugerinnen und Energieerzeugern sowie gewerblichen oder kommunalen Energieverbraucherinnen und Energieverbrauchern
- Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung wirtschafts-, arbeits- und energiepolitischer Strategien des Landes Brandenburg sowie
- Branchen- und Standortmarketing
- Unterstützung der Kommunen bei landesbedeutsamen Standortentwicklungen

Begründung:

Der Bestand an planungsrechtlich qualifizierten Gewerbe- und Industrieflächen im Land war und ist die entscheidende Grundvoraussetzung für die Ansiedlung von strukturpolitisch wichtigen Unternehmen im Land Brandenburg. Bereits heute zeichnet sich jedoch ab, dass der Bedarf an großen, zusammenhängenden und gut erschlossenen sowie verkehrlich angebundenen Gewerbe- und Industrieflächen in den kommenden Jahren deutlich zunehmen wird.

Den Kommunen des Landes kommt bei der Lösung dieser zentralen strukturpolitischen Aufgabe eine entscheidende Schlüsselstellung zu, da sie allein die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der benötigten Gewerbe- und Industrieflächen schaffen können. Dies hat zur Konsequenz, dass der landesseitige Gestaltungsansatz bei den Kommunen ansetzen muss. Eine besondere Bedeutung kommt dabei einer zukünftig umfassenden gewerblichen Flächenvorsorge durch die Kommunen zu.

Im Zuge des derzeit in der Erstellung befindlichen „Industrie- und Gewerbeflächenkonzeptes für das Land Brandenburg“ haben alle involvierten Kommunen in sämtlichen Regionen des Landes jedoch deutliche Entwicklungshemmnisse und dringenden Unterstützungsbedarf artikuliert. Dies betrifft besonders die drei zentralen Handlungsbedarfe der fehlenden personellen Kapazitäten (für die Steuerung und Umsetzung der umfassenden Planverfahren); die nicht ausreichende finanzielle Ausstattung (B-Plan-Verfahren, Flächenerwerb, bauliche Erschließung und Vermarktung der Flächen). Das Land muss deshalb für die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen von hoher Landesbedeutung nachhaltig und effektiv unterstützen.

Das Ergebnis des Industrie- und Gewerbeflächenkonzeptes wird Mitte 2022 vorliegen. Für die sich anschließenden Erörterungen in der Fraktion, im AWAE und im Landtag sind Verfahrensvorschläge unabdingbar. Unter Effizienzaspekten sollte die Landesregierung das vorhandene exzellente Know-How der WFBB nutzen. Hier kann an vorhandene Strukturen angeknüpft werden. Im Team „Standortentwicklung“ werden mit den WFBB-Branchenteams alle Standortangebote für Investorenanfragen erstellt. Dadurch besteht hier der optimale Überblick über Gewerbe- und Industriestandorte in der WFBB. Die WFBB kann hierbei die Kommunen bei Fachthemen der Standortentwicklung, der Sondierung von Fördermitteln sowie bei der Vermarktung neuer Flächen unterstützen und in der Umsetzungsphase begleiten. Hierbei kann die WFBB auf ihre jahrzehntelange Expertise bei der Investorenanwerbung und -ansiedlung, der aktuellen und branchenspezifischen Investorenbedarfe zurückgreifen, besonders in den für die zukünftige Klimaschutzpolitik wichtigen innovativen Branchenclustern Brandenburgs und der Hauptstadtregion.

Die bereits langjährig im Team „Standortentwicklung“ bestehenden Aufgaben werden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft finanziert. Mit einer Aufstockung des Teams um 6 Stellen kann die WFBB die neuen Aufgaben zur Unterstützung der ausgewählten landesbedeutsamen Vorhaben für die betreffenden Kommunen landesweit kostenfrei durchführen. Im Haushaltsjahr 2022 wird dies auch ohne eine weitere finanzielle Untersetzung von der WFBB für drei Monate geleistet werden können. Für die Folgejahre

müsste die institutionelle Förderung allerdings für die zusätzlichen Stellen und Sachkosten entsprechend erhöht werden (ca. 900 T€/Jahr).

Die Erweiterung der Aufgaben des Teams „Standortentwicklung“ im Einzelnen:

- Um die Unterstützung in ganz Brandenburg gewährleisten zu können, wird jeweils ein "Standortbetreuer" für jede Planungsregion benötigt, der die zu unterstützenden Entwicklungsvorhaben umfassend - d. h. auch mehrjährig - begleitet. Insgesamt sind dafür **fünf Stellen mit der Eingruppierung TV-L 13** erforderlich.
- Aufgrund des umfassenden Aufgabenzuwachses im Team Standortentwicklung ist zur Koordinierung der Unterstützungsleistungen **eine Führungskraft mit der Eingruppierung TV-L 14** unterhalb des Teamleiters notwendig.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 173	Kapitel: 0 8 1 4 0	Titel (neu) 5 2 6 5 0
Zweckbestimmung: Gutachterliche Ausgaben für die Gefahrenabwehr und Begleitung von Gefahrenabwehrmaßnahmen im Bergbau		

Stichwort: Gutachterliche Ausgaben für die Ermittlung, Vorbereitung und Begleitung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr des LBGR, insbesondere geotechnischer Ursachen und geotechnischer Gefahrenvermutung und Gefahrenverdacht

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 1.260.000 €
Ansatz neu:	1.260.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
	+500.000 €
	davon fällig 2023 +500.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	

	500.000 €
davon fällig 2023	500.000 €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
29	20 020	972 10	Globale Minderausgaben	1.260.000€
				€
insgesamt:				1.260.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

- Sanierungsplanungen bis HOAI Stufe 2 für den Helenesee bei Frankfurt/Oder
- notwendige geologische, geotechnische Detailerkundungen
- die geotechnische Gesamt- und Neubewertung in der Lausitz

Begründung:

Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoff (LBGR) ist Bergbehörde und im Rahmen der bergbaubedingten Gefahrenabwehr ebenfalls Polizei- und Ordnungsbehörde. Im Zusammenhang mit dem (unterirdischen) Altbergbau, jedoch auch in Zusammenhang mit bereits zu DDR-Zeiten stillgelegten Braunkohlentagebauen, bei denen die Rechtsfolge noch nicht abschließend geklärt ist, kann das LBGR die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung (Gefahr) abzuwehren.

Die Erforderlichkeit umfangreicher Maßnahmen zur Abwehr von insbesondere geotechnischer Gefährdungen ergeben sich aus einem sich verändernden regionalen Wasserhaushalt. Im Fall der Sperrung des Helenesees sind dazu bereits konkrete Sanierungsplanungen vorzunehmen, die eine zügige Sanierung des Helenesees und so eine schnellstmögliche Wiederaufnahme der touristischen Nutzung ermöglichen. Aufgrund der aktuellen Rutschungsereignisse am Knappensee und dem Helenesee sind geotechnische Risiken außerdem an weiteren Bergbaufolgeseen (z.B. Senftenberger See) neu zu bewerten.

Die Grundlagenermittlung zur Einleitung von konkreten Sanierungsmaßnahmen sind vom LBGR durch externe Gutachter zu erbringen. Aus wirtschaftlichen Erwägungen ergeben sich daraus entscheidende Vorteile, da eine Durchführung der Sanierungsplanung oder weiterer Gutachterleistungen aus eigenen Ressourcen des LBGR weder fachlich noch personell zu leisten ist.

Die Sanierungsplanung für den Helenesee ist über einen Zeitraum von 1,5 Jahren geplant. Im Jahr 2023 sind deshalb weitere Ausgaben zu veranschlagen. Aufgrund der langfristig angelegten Sanierungsmaßnahme am Helenesee ist eine fachliche und der Öffentlichkeit vermittelnden Begleitung der Sanierungsmaßnahmen notwendig. Im Jahr 2023 sind dafür ebenfalls Ausgaben zu veranschlagen.

Abgelehnte Änderungsanträge

zum

Einzelplan 08

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 40	Kapitel: 0 8 0 2 0	Titel: 8 9 2 7 3
Zweckbestimmung: TGr. 73 Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds; Die TGr. 73 soll mit den folgenden zusätzlichen neuen Titeln ausgebracht werden: Titel 893 73 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland und Titel 894 73 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen.		

Stichwort: Maßnahmen in Umsetzung der Wasserstoffstrategie

Ansatz im Entwurf 2022	109.369.100 €
Änderung (+/-):	+ 5.000.000 €
Ansatz neu:	114.369.100 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 15.000.000 €
	2023 bis zu 5.000.000 €
	2024 bis zu 5.000.000 €
	2025 bis zu 5.000.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	66.576.400 €
	2023 bis zu 21.229.200 €
	2024 bis zu 22.208.200 €

2025 bis zu 23.139.000 €

Deckung bei: Einzelplan 08				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
27	08 020	356 73	Entnahme aus dem Zukunftsinvestitionsfonds Brandenburg	5.000.000 €
				€
insgesamt:				5.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Seite 40:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Gesamtausgabevolumen (EUR)	(...)	davon in 2022 als Ausgabe veranschlagt (EUR)	vorgesehen Folgejahre (EUR)
(...)					
5	<u>Maßnahmen in Umsetzung der Wasserstoffstrategie</u>	<u>20.000.000</u>		<u>5.000.000</u>	<u>15.000.000</u>
Summe		<u>135.268.500</u>		<u>114.369.100</u>	<u>114.946.800</u>

Seite 40:

Die Ausgaben dienen der Umsetzung der ZiFoG-Projekte. Mehr aufgrund der neuen Zuordnung des Projektes "H2-Bahn Barnim" (bisher: 891 73), die Aufnahme des Projektes "Tesla Batteriefabrik", der Finanzierung weiterer Maßnahmen in Umsetzung der Wasserstoffstrategie des Landes Brandenburg und Anpassungen an die Projektabläufe.

Begründung:

Mit dem Beschluss des Landtages Brandenburg „Wasserstoffwirtschaft fördern - Strukturwandel unterstützen“ ist die Landesregierung u.a. aufgefordert worden, dem Landtag bis zum Sommer 2021 eine Wasserstoffstrategie vorzulegen (vgl. Drucksache 7/1421(ND)-B). Wasserstoff wird als Energieträger im dezentralen, dekarbonisierten Energiesystem der Zukunft eine wesentlich größere Rolle spielen als heute. Seine theoretisch unbegrenzte Verfügbarkeit, seine Speicher- und Transportierbarkeit sowie seine Nutzbarkeit als koppelndes Element zwischen den einzelnen Verbrauchssektoren machen Wasserstoff attraktiv und unverzichtbar für die Energiewende und als Grundstoff für die Industrie. Damit bietet eine zukünftige Wasserstoffwirtschaft eine industrie- und energiepolitische Chance zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Brandenburg. Dabei kann eine

stabile langfristige Entwicklung nur erfolgen, wenn Brandenburg zeitnah die Verzahnung der Aktivitäten in Bezug auf die künftige Wasserstoffnutzung und der Ansiedlung des dafür erforderlichen Anlagenbaus industriepolitisch und auch förder technisch gestaltet. Wasserstofftechnologien können die Wettbewerbsfähigkeit stärken und gleichzeitig Wertschöpfung und qualifizierte Arbeitsplätze in Brandenburg erhalten und neu schaffen.

Da die Umsetzung einer Wasserstoffstrategie in Brandenburg nicht ohne die Betriebe in Brandenburg, die Kommunen, die Betreiber in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen stattfinden kann, muss dies im Haushalt 2022 auch über das Projekt „H2-Bahn Barnim“ hinaus finanziell abgesichert sein. Da laut Haushaltsvermerk die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig sind, sollen die eingestellten Mittel, auch über die neu zu schaffenden Titel, je nach Organisationsform des Projektträgers bewilligt werden können.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion zu

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 41	Kapitel: 0 8 0 2 0	Titel: 6 8 3 9 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		

Stichwort: Re-Start-Programm für Soloselbstständige und Freiberufler

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+4.000.000 €
Ansatz neu:	4.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2021	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
35	08 020	671 20	Entgelte und Erstattungen für die Geschäftsbesorgung ILB	-4.000.000€
insgesamt:				-4.000.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Mit den neu eingestellten Mitteln wird eine Anschubfinanzierung initiiert für ein Re-Start-Programm für Kleinstbetriebe, Soloselbständige und Freiberufler. Eine Förderung von Fortführungsprognosen, einer Marketingförderung „Neustart“ und Zuschusszahlungen zu Energiekosten sind angedacht.

Refinanzierung:

Die Entgelte und Erstattungen für die Geschäftsbesorgung der ILB für andere Ressorts ist sachgemäß im EP 08 um knapp 2/3 gekürzt und sollte langfristig weiter abgeschmolzen werde.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 46	Kapitel: 0 8 0 3 0	Titel: 6 8 6 1 1
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Handwerks.		

Stichwort: Förderung des Handwerks

Ansatz im Entwurf 2022	180.000 €
Änderung (+/-):	+ 120.000 €
Ansatz neu:	300.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
27	08 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	120.000 €
insgesamt:				120.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Das Handwerk ist ein Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft. Handwerk ist Zukunft. Handwerk ist nachhaltig. Handwerk muss gefördert werden.

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf alle Wirtschaftsbereiche, aber auch in Anbetracht des Fachkräftemangels und der Nachwuchssorgen im Handwerk muss das Land Brandenburg das Handwerks in größerem Maße als bisher unterstützen und fördern. Dazu sind in ausreichendem Maße finanzielle Mittel bereitzustellen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion zu

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022

Seite: 46	Kapitel: 0 8 0 3 0	Titel: 6 8 6 1 2
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus		

Stichwort: Budgets für Tourismusregionen

Ansatz im Entwurf 2022	93.100 €
Änderung (+/-):	+1.200.000€
Ansatz neu:	1.293.100€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
64	08 040	883 64	Zuweisungen für Investitionen / Dekarbonisierung des Wärmemarktes	-250.000€
64	08 040	891 64	Zuschüsse für Investitionen / Dekarbonisierung des Wärmemarktes	-950.000€
insgesamt:				-1.200.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Zur Stärkung der Tourismuswirtschaft nach der Coronakrise sind die zwölf Regionen aus Gründen der Subsidiarität zu stärken. Sie erhalten jährlich 100.000 € als Budget.

Refinanzierung:

Die avisierten Mehrbedarfe für die Dekarbonisierung des Wärmemarktes sind infrage zu stellen. Sind Unternehmen oder Gemeinden vom staatlichen Handeln, für diese unplanbar negativ betroffen, muss dies selbstverständlich abgemindert werden.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 46	Kapitel: 0 8 0 3 0	Titel: 6 8 6 1 2
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Tourismus.		

Stichwort: Förderung des Tourismus

Ansatz im Entwurf 2022	93.100 €
Änderung (+/-):	+ 406.900 €
Ansatz neu:	500.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
27	08 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	356.900 €
insgesamt:				106.900 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben sollen u. a. für Leitprojekte zur Umsetzung der Landestourismus-konzeption eingesetzt werden.

Begründung:

Die Tourismusbranche hat in den letzten 2 Jahren mit am meisten unter den Folgen der Corona-Pandemie gelitten. Auch wenn sich die Zahlen der Gäste und Übernachtungen wieder leicht erholen, so ist es noch ein weiter Weg, bis die Zahlen von 2019 wieder erreicht werden können.

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, die Tourismusbranche auch von Seiten des Landes Brandenburg nach Kräften zu unterstützen. Dazu gehören Projekte zur Umsetzung der Landestourismuskonzeption genauso wie die (finanzielle) Unterstützung von Veranstaltungen, Kampagnen und ähnlichen Maßnahmen, um den Tourismus wieder anzukurbeln.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 46	Kapitel: 0 8 0 3 0	Titel: 8 6 2 1 0
Zweckbestimmung: Darlehen an kleine und mittelständische Unternehmen aus dem Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramm - KoSta.		

Stichwort: Darlehen an KMU**Ansatz im Entwurf 2022**

0 €

Änderung (+/-):

+ 2.000.000 €

Ansatz neu:

2.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	2.000.000 €
insgesamt:				2.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Ausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 162 10, 182 10 und 356 20 sowie zusammen mit Ausgaben bei Kapitel 08 020 Titelgruppe 90 bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 356 30 geleistet werden.

Ausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe von fünf Millionen EUR aus Einsparungen im Einzelplan 08 verstärkt werden, sofern keine ausreichenden Mehreinnahmen bei den Titeln 162 10, 182 10, 356 20 und 356 30 verfügbar sind

Begründung:

Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf kleine und mittlere Unternehmen, die sich in existenzbedrohenden Schwierigkeiten befinden, abzumildern, soll weiterhin eine Unterstützung dieser Betriebe zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit geleistet werden.

Dafür sind bereits im Ansatz Mittel zur Verfügung zu stellen für den Fall, dass die bisher zur Finanzierung herangezogenen erforderlichen Mehreinnahmen nicht erzielt werden können.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 50	Kapitel: 0 8 0 3 0	Titel: 5 3 4 6 4
Zweckbestimmung: Pflege der Außenwirtschaftsbeziehungen		

Stichwort: Zuschüsse zur Erschließung von Auslandsmärkten

Ansatz im Entwurf 2022	390.000 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	390.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	450.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
	+ 1.350.000 €
2023	+ 300.000 €
2024	+ 300.000 €
2025	+ 350.000 €
2026 ff.	+ 400.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

	1.800.000 €
2023	450.000 €
2024	450.000 €
2025	450.000 €
2026 ff.	450.000 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen dazu, eine Planungssicherheit für Maßnahmen der Förderung der Internationalisierung von KMU durch Markterschließung im Ausland und Teilnahme an Messen im Ausland mittelfristig sicherzustellen, um die Exportpotenziale der KMU aus Brandenburg auch auf Auslandsmärkten voll zu erschließen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion zu

Einzelplan 08**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 51	Kapitel: 0 8 0 3 0	Titel: 6 8 3 6 4
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Zwecke, die der mittelständischen Wirtschaft dienen		

Stichwort: Konzeptionierung eines Internetauftritts „BrandenburgNetz“

Ansatz im Entwurf 2022	50.000 €
Änderung (+/-):	+50.000 €
Ansatz neu:	100.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
62	08 040	633 64	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden / Regionale Energiekonzepte	50.000 €
				€
insgesamt:				-50.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Nach der Coronakrise ist die Wirtschaft in Brandenburg in ihrer digitalen Vernetzung zur Vorreiterschaft zu entwickeln. Regionale Unzulänglichkeit, nationale Rückständigkeit und europäische Untätigkeit haben im digitalen Servicebereich amerikanischen Monopolisten und Gatekeepern das Feld überlassen.

Es ist eine Aufgabe des föderalen Deutschland, auf diesen Missstand konstruktiv zu antworten und ein vorbildhaftes, europaweit ausstrahlendes Servicemodell auf großregionaler, hier: Länderbasis zu entwickeln.

Zusätzlich zur Messerförderung ist die Wirtschaft bei ihrer Präsentation im Internet zu unterstützen. Es wird eine zentrale Internet-Seite „BrandenburgNetz“ ins Leben gerufen, unter Landesbeteiligung mit privatwirtschaftlicher Ausrichtung, um vor allem Handel und Handwerk krisenfest zu machen und „amazonunabhängiger“ zu gestalten. „BrandenburgNetz“ ist als multimediales Einkaufs- und Dienstleistungsportal zu etablieren.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite 61	Kapitel: 0 8 0 4 0	Titel: 8 9 3 1 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland		

Stichwort: Re-Industrialisierungsprojekt Industriepark Elbe-Elster

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+400.000 €
Ansatz neu:	400.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
59	08 040	526 30	Energiewirtschaftliche Gutachten	400.000 €
				€
insgesamt:				-400.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Statt Gutachten für die scheiternde Energiewende, wird eine Projektgesellschaft zur Errichtung eines „Wirtschafts-, Forschungs- und Fachzentrums Industriepark Elbe-Elster“ mit dem Schwerpunkt nachhaltige Verpackungsmaterialien und Recycling auf den Weg gebracht.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion zu

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022**

Seite: 64	Kapitel: 0 8 0 4 0	Titel: 8 9 2 6 4
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen		

Stichwort: Forschung in der Kernkrafttechnologie

Ansatz im Entwurf 2021	6.400.000 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	6.400.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	1.469.200 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	0 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	1.469.200 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

VE-Fälligkeit ab 2023

Belastung der Haushaltsjahre	Durch die bis 2020 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2021 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2022 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2022		1.469.200		1.469.200
2023		800.000	<u>10 Mio.</u>	<u>10.800.000</u>
2024		800.000	<u>10 Mio.</u>	<u>10.800.000</u>
2025			<u>10 Mio.</u>	<u>10.000.000</u>
2026 ff.				
Summen		3.069.200	<u>30 Mio.</u>	<u>33.069.200</u>

Begründung:

Nach den Entscheidungen der Europäischen Union hat sich Deutschland umzustellen. Die einst bestehende Marktführerschaft in der Kerntechnologie soll wieder erreicht werden. Die letzten Bestände der Forschung in Deutschland in Nordrhein-Westfalen oder Mecklenburg-Vorpommern haben durch einen umfassenden privatwirtschaftlichen Beitrag in Brandenburg ergänzt zu werden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 64	Kapitel: 0 8 0 4 0	Titel: 8 9 3 6 4
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland		

Stichwort: Kleinspeicherprogramm**Ansatz im Entwurf 2022**

200.000 €

Änderung (+/-):

+ 3.500.000 €

Ansatz neu:

3.700.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022****Ansatz im Entwurf:**

0 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

+ 4.000.000 €

2023 bis zu 2.000.000 €

2024 bis zu 2.000.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

4.000.000 €

2023 bis zu 2.000.000 €

2024 bis zu 2.000.000 €

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	3.500.000 €
				€
insgesamt:				3.500.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Ausgaben dienen der Förderung von privaten Kleinspeicheranlagen.

~~Weniger aufgrund der nicht vorgesehenen Fortführung des Kleinspeicherprogrammes.~~

Begründung:

Ziel des Kleinspeicher-Förderprogramms des Landes Brandenburg ist es, die Anschaffung und Installation von Stromspeichern zur Erhöhung des Eigenverbrauchs von Solarstrom und zur Entlastung des Brandenburgischen Stromnetzes zu unterstützen. In den letzten Jahren ist das Kleinspeicher-Förderprogramm stark nachgefragt worden. Im Sommer 2020 wurde die 2. Antragsrunde des Kleinspeicher-Programms gestartet. Die bis zur Schließung der Antragsrunde eingegangenen Anträge werden sukzessive geprüft und bei Vorliegen der Fördervoraussetzungen bewilligt. Eine Beantragung von Fördermitteln ist schon jetzt nicht mehr möglich, so dass mit den geplanten 200.000 EUR im Jahr 2022 nur noch bereits bewilligte Förderanträge ausfinanziert werden können und keine neue Bewilligungen mehr erfolgen werden, obwohl die dazugehörige Förderrichtlinie noch bis zum 31.12.2022 gilt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum eine Fortführung des Kleinspeicherprogramms Seitens der Landesregierung nicht mehr vorgesehen ist, leistet dieses doch einen wesentlichen Beitrag zur Ausgestaltung der Energiewende im Land Brandenburg. Auch vor dem Hintergrund, dass auf Bundesebene über eine Solaranlagenpflicht auf Gebäudedächern verhandelt wird, ist die Fortsetzung des Kleinspeicherförderprogramms über das Jahr 2022 zwingend notwendig.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 64	Kapitel: 0 8 0 4 0	Titel: 8 9 3 6 4
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland		

Stichwort: Kleinspeicheranlagen

Ansatz im Entwurf 2022	200.000 €
Änderung (+/-):	+3.800.000 €
Ansatz neu:	4.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	3.800.000 €
insgesamt:				3.800.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

www.ilb.de (Pressemitteilung)

„Das Kleinspeicherprogramm ist zwar nur ein kleines, aber doch sehr wichtiges Puzzleteil für das Gelingen der Energiewende“, sagte Minister Steinbach. „Die in dieser Dimension unerwartet große Resonanz des Vorgängerprogramms hat uns gezeigt, wie groß der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger ist, einen persönlichen Beitrag zur schadstofffreien Energieversorgung zu leisten und in diesem Sinne aktiv zu werden. ...“

Der Erfolg des Kleinspeicherprogrammes sollte dazu führen, weitere Förderungen auszureichen, um die Erhöhung des Eigenverbrauches von Solarstrom durch Privathaushalte und damit die Entlastung des Stromnetzes zu forcieren. Die Aussagen des Ministers stehen leider im Gegensatz zur haushalterischen Behandlung dieses Förderprogrammes. Eine Erhöhung des Ansatzes und damit Fortführung des Programmes ist daher vorzunehmen, wenngleich es aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht in Höhe des Ist 2020 erfolgen kann.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 64	Kapitel: 0 8 0 4 0	Titel: 8 9 3 6 4
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland		

Stichwort: Kleinspeicheranlagen**Ansatz im Entwurf 2022**

200.000 €

Änderung (+/-):

+1.800.000 €

Ansatz neu:

2.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	1.800.000 €
insgesamt:				1.800.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

www.ilb.de (Pressemitteilung)

„Das Kleinspeicherprogramm ist zwar nur ein kleines, aber doch sehr wichtiges Puzzleteil für das Gelingen der Energiewende“, sagte Minister Steinbach. „Die in dieser Dimension unerwartet große Resonanz des Vorgängerprogramms hat uns gezeigt, wie groß der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger ist, einen persönlichen Beitrag zur schadstofffreien Energieversorgung zu leisten und in diesem Sinne aktiv zu werden. ...“

Der Erfolg des Kleinspeicherprogrammes sollte dazu führen, weitere Förderungen auszureichen, um die Erhöhung des Eigenverbrauches von Solarstrom durch Privathaushalte und damit die Entlastung des Stromnetzes zu forcieren. Die Aussagen des Ministers stehen leider im Gegensatz zur haushalterischen Behandlung dieses Förderprogrammes. Eine Erhöhung des Ansatzes und damit Fortführung des Programmes ist daher vorzunehmen, wenngleich es aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht in Höhe des Ist 2020 erfolgen kann.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion zu

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022

Seite: 74	Kapitel: 0 8 0 5 0	Titel: 6 8 6 6 1
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Forschungsvorhaben		

Stichwort: Mehr Geld für Investitionen von Forschungseinrichtungen

Ansatz im Entwurf 2022	0€
Änderung (+/-):	+1.000.000€
Ansatz neu:	1.000.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
45	08 030	683 21	TMB	1.000.000€
				€
insgesamt:				1.000.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sollen Investitionen gemeinnütziger außeruniversitärer wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen unterstützt werden. Der Schwerpunkt soll außerhalb der Metropolregion Berlin liegen.

Refinanzierung:

Die Tourismus Marketing Brandenburg GmbH ist in der Coronakrise nicht mit neuen, wertschöpfenden Maßnahmen aufgetreten und ging erst spät ins Krisenmanagement und stimmte stillschweigend den Corona-Schließungsmaßnahmen zu. Eine Kürzung der Mittel erscheint angebracht.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 75	Kapitel: 0 8 0 5 0	Titel: 8 9 2 6 1
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft		

Stichwort: Anteilsfinanzierung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft

Ansatz im Entwurf 2022	83.000.000 €
Änderung (+/-):	+7.000.000 €
Ansatz neu:	90.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	7.000.000 €
insgesamt:				7.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Auch wenn die Fördermittel aufgrund des Inkrafttretens einer neuen Fördergebietskarte für die Förderperiode 2022-2027 in geringerem Umfang als bisher zur Verfügung stehen, sollte das Land Brandenburg seinen Eigenanteil erhöhen, um Investitionen der gewerblichen Wirtschaft in anwendungsorientierte Forschung zur Erhaltung, Erweiterung und Ansiedlung von Unternehmen zu fördern.

Die Förderung richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen, aber auch an Großunternehmen. Bereits im September 2021 waren die zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund des hohen Interesses am Programm Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit den eingereichten Anträgen ausgeschöpft.

2021 standen 40 Millionen EUR mehr zur Verfügung, als im Ansatz 2022 durch das MWAE veranschlagt wurde. Aus diesem Grund ist eine Ansatzerhöhung erforderlich

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 100	Kapitel: 0 8 0 6 0	Titel: 6 8 4 2 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger		

Stichwort: Stärkung der Fachstelle Migration und Gute Arbeit Brandenburg

Ansatz im Entwurf 2022	300.000 €
Änderung (+/-):	+ 165.000 €
Ansatz neu:	465.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	900.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 495.000 €
	2023 bis zu 165.000 €
	2024 bis zu 165.000 €
	2025 bis zu 165.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	1.395.000 €
	2023 bis zu 465.000 €
	2024 bis zu 465.000 €
	2025 bis zu 465.000 €

--

Deckung bei: Einzelplan 08				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
27	08 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	165.000 €
insgesamt:				165.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Fachstelle Migration und Gute Arbeit Brandenburg setzt sich für menschenwürdige und faire Arbeitsbedingungen für EU-Bürger*innen und Geflüchtete ein, die in Brandenburg tätig sind. Dabei bietet sie kostenlose arbeitsrechtliche Beratung mobil, per Telefon und E-Mail sowie im Büro in Potsdam an. Ratsuchende werden über ihre Arbeitsrechte aufgeklärt und bei Schwierigkeiten in Arbeitsverhältnissen unterstützt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen und Behörden bei Themen wie Arbeitsausbeutung von Migrantinnen und Migranten und Menschenhandel auf einem zunehmend prekären Arbeitsmarkt. Zum Erreichen des Ziels der Verhinderung von ausbeuterischen Arbeitsbedingungen ist es ein Anliegen der Fachstelle, die verschiedenen Akteure für die beschriebenen Herausforderungen zu sensibilisieren, um Gute Arbeit zu fördern sowie Netzwerke zu diesem Thema in Brandenburg zu stärken.

Zur Ausfinanzierung von Tarifierhöhungen und die Erhöhung von Erfahrungsstufen sollen zusätzlich 15.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Andernfalls müssen bei gleichbleibenden Mitteln für das Personal Stellenanteile abgebaut werden.

Darüber hinaus ist durch die Ansiedlung von Tesla in Grünheide ein Mehrbedarf an Beratungen der vor Ort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entstanden. Ein Teil der Beratungsangebote wie jenes der Tesla-Mitarbeiter*innen könnte durch die „Faire Mobilität“ gemeinsam mit der IG BAU realisiert werden. Die Beratungstätigkeit im Zusammenhang der Gewerbe um die Tesla-Fabrik herum (Bau, Logistik, Gebäudereinigung, Zeitarbeit, Gastronomie, etc.) soll dabei durch die Fachstelle Migration und Gute Arbeit Brandenburg übernommen werden. Dafür braucht es zusätzliche Mittel in Höhe von 150.000 Euro.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

EP 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 117	Kapitel: 0 8 1 0 0	Titel: 6 8 3 6 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		

Stichwort: Zweckbindung Blockheizkraftwerk Jänschwalde

Ansatz im Entwurf 2022	31.481.800 €
Änderung (+/-):	0 €
Ansatz neu:	31.481.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)Vom Titelanatz 2022 sind 10 Mio € verbindlich für das Blockheizkraftwerk einzusetzen.

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Energieversorgung in Deutschland muss gesichert werden. Ein Blockheizkraftwerk am traditionellen Standort Jänschwalde ist ein wichtiger Mosaikstein auf dem Wege dahin. Ein Großblockheizkraftwerk am traditionellen Standort stärkt das Vertrauen der Region und ist in der Lage verschiedene Energiesicherungsstrategien zu stützen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

08 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 121	Kapitel: 0 8 1 0 0	Titel: 6 8 3 6 1
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft		

Stichwort: Anteilsfinanzierung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft

Ansatz im Entwurf 2022	47.000 €
Änderung (+/-):	+ 953.000 €
Ansatz neu:	1.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
27	08 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	953.000 €
insgesamt:				553.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Das Programm RENplus 2014-2020 hat die Senkung des Energieverbrauchs sowie die Senkung von CO₂-Emissionen zum Ziel. Hierzu werden Zuwendungen für Vorhaben gewährt, die eine Steigerung der Energieeffizienz sowie die Nutzung von Erneuerbaren Energien zum Ziel haben oder erwarten lassen. Die Förderung ist im Hinblick auf die angestrebte Energiewende ein guter Weg.

Die Ausgaben dieses Titels dienen zudem der Förderung von Unternehmensaktivitäten brandenburgischer KMU auf internationalen Messen und zur Markterschließung im Ausland zum Ausgleich struktureller Nachteile. Ziel sind Erhalt und Neuschaffung von Arbeitsplätzen in Brandenburg – nicht nur in Großunternehmen. Die Förderung der KMU ist zurzeit eine der dringlichsten Aufgaben der Wirtschaftsförderung.

Aufgrund der besonders hohen Nachfrage nach Fördermitteln aus dem Programm RENplus 2014 - 2020 sind die Förderbudgets für 2021 bereits seit Juli 2021 ausgeschöpft. Aus diesem Grund ist es wichtig und erforderlich, den Titelanatz auf das Niveau von 2021 anzuheben.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 08- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022**

Seite: 121	Kapitel: 0 8 1 0 0	Titel: 6 8 6 6 1
Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse		

Stichwort: Auflage eines Förderprogramms von Patentanmeldungen

Ansatz im Entwurf 2022	1.565.000 €
Änderung (+/-):	+4.000.000 €
Ansatz neu:	5.565.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
35	08020	671 10	Geschäftsbesorgung ILB	4.000.000€
				€
insgesamt:				-4.000.000€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die eingesparten Mittel ermöglichen ein Programm zur Förderung von Patentanmeldungen. Das Land Brandenburg liegt bei Patentanmeldungen deutschlandweit verglichen seit Jahren auf einem hinteren Rang.

Der Zuschnitt der Geschäftsbesorgung der ILB hat auf Kernbereiche beschränkt zu werden, die Förderung der Migrationsinfrastruktur ist insgesamt zu streichen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 121	Kapitel: 0 8 1 0 0	Titel: 6 8 6 6 1
Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland		

Stichwort: Erhöhung der Mittel für Unternehmensnachfolge

Ansatz im Entwurf 2022	1.565.000 €
Änderung (+/-):	
	+3.000.000 €
Ansatz neu:	
	4.565.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022
Ansatz im Entwurf:
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:
Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

€

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	08 030	972 20	Globale Minderausgabe	- 3.000.000 €
insgesamt:				3.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Mittel zur Begleitung der Unternehmensnachfolge sind zu erhöhen. In Brandenburg sind mehr als 51.000 Firmeninhaber älter als 55 Jahre. Jedes dritte Unternehmen braucht in den nächsten Jahren einen neuen Chef, damit es nicht geschlossen werden muss. Das Gelingen der Nachfolge entscheidet über das Lebenswerk des Unternehmers ebenso wie über Arbeitsplätze, Steueraufkommen, Innovationskraft und gesellschaftliche Stabilität des gesamten Bundeslandes. Zudem hat die Landesregierung im Koalitionsvertrag festgeschrieben: „Der Generationswechsel in den Brandenburger Unternehmen ist in vollem Gange. Deshalb werden wir die Wirksamkeit der bisherigen Instrumente zur Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge überprüfen und ausbauen. Wir werden Angebote in der Fläche schaffen, die sich sowohl an den Übernehmenden als auch an den Nachfolger richten.“ Bislang ist dazu nichts geschehen.

Die von der AfD im Antrag 7/4248 vorgeschlagenen Lösungen sollen daher haushalterisch hinterlegt werden.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 121	Kapitel: 0 8 1 0 0	Titel: 6 8 6 6 1
Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland		

Stichwort: Mittel zur Insolvenzvermeidung durch Gutscheinsystem für Rechtsberatung

Ansatz im Entwurf 2022	1.565.000 €
Änderung (+/-):	+479.600€
Ansatz neu:	2.044.600€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
45	08 030	526 20	Gutachten	-93.100 €
45	08 030	541 20	Informationsveranstaltungen	-7.500 €
84	08 050	683 69	Digitale Orte	-279.000 €
99	08 060	671 10	LASA GmbH	-100.000 €
insgesamt:				-479.600 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die bekannten Arten der Begleitung einer Insolvenz sollen durch ein Gutscheinsystem für Rechtsberatungen im Vorfeld ergänzt werden.

Zur Deckung:

Die Gutachten sind überflüssig, die Mittel zu Informationsveranstaltungen für den Tourismus sind in die Haushalte der Tourismusregionen (siehe AfD-Antrag EP 08) beinhaltet.

Die Ausgaben für die im Ergebnis zu hinterfragenden „Digitalen Orte“ sind zu kürzen bis eine Evaluation erfolgt ist.

Die Mittel für eine Gesellschaft in Liquidation sind im Allgemeinen zu hinterfragen, im Falle der LASA GmbH dringend vollständig zu streichen.

Stellungnahme Fachausschuss

Stellungnahme

des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Energie

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

- Drucksache 7/4212 -

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Energie

in Verbindung damit:

Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 7/4213 -

und

Unterrichtung durch die Landesregierung

Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

- Drucksache 7/4214 -

Berichtersteller: Abgeordneter Frank Bommert (CDU)

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag

1. die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 (Drucksache 7/4212) - Einzelplan 08 - in der vom Ausschuss für Wirtschaft und Energie beschlossenen Änderung empfehlen;
2. die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 (Drucksache 7/4212) - Einzelplan 20 - in der vom Ausschuss für Wirtschaft und Energie beschlossenen Änderung empfehlen;
3. empfehlen, den Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 in der Unterrichtung durch die Landesregierung (Drucksache 7/4213) zur Kenntnis zu nehmen und;
4. empfehlen, die „Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ in der Unterrichtung durch die Landesregierung (Drucksache 7/4214) zur Kenntnis zu nehmen.

Bericht:

A. Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)“ - Drucksache 7/4212 -, der „Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2021 bis 2025“ - Drucksache 7/4213 - sowie die „Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ - Drucksache 7/4214 - wurden vom Landtag in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen - federführend - und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie befasste sich mit dem o. g. Gesetzentwurf, hier speziell mit dem Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie -, dem oben genannten Finanzplan und der „Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifenden Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ abschließend in seiner 21. Sitzung am 10. November 2021.

B. Beratung

Zu der abschließenden Beratung am 10. November 2021 lagen dem Ausschuss

- 2 Änderungsanträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- 10 Änderungsanträge der AfD-Fraktion,

- 4 Änderungsanträge der Fraktion der DIE LINKE und
- 7 Änderungsanträge der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER

vor.

Die beiden Änderungsanträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befassten sich mit der Unterstützung von Kommunen bei landesbedeutsamen Standortentwicklungen durch die WFBB sowie mit der Gefahrenabwehr des LBGR, insbesondere geotechnischer Ursachen und geotechnischer Gefahrenvermutung und Gefahrenverdacht im Zusammenhang mit dem Helenesee und wurden mehrheitlich bzw. einstimmig angenommen.

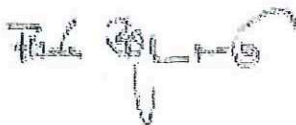
Die 10 Änderungsanträge der AfD-Fraktion befassten sich mit dem Re-Start-Programm für Soloselbständige und Freiberufler, mit Budgets für Tourismusregionen, der Konzeptionierung eines Internetauftritts „BrandenburgNetz“, dem Re-Industrialisierungsprojekt Industriepark Elbe-Elster, der Forschung in der Kernkrafttechnologie, Mehrausgaben für Investitionen von Forschungseinrichtungen, einer Zweckbindung für das Blockheizkraftwerk Jänschwalde, des Weiteren zur Auflage eines Förderprogramms für Patentanmeldungen, der Erhöhung der Mittel für die Unternehmensnachfolge sowie Mittel zur Insolvenzvermeidung durch ein Gutscheinsystem für Rechtsberatung und wurden alle mehrheitlich abgelehnt.

Die 4 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE befassten sich mit den Themen Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserstoffstrategie, dem Kleinspeicherprogramm, der Stärkung der Fachstelle Migration und Gute Arbeit Brandenburg sowie der Sanierungsplanung Helenesee, der von der Fraktion DIE LINKE zurückgezogen worden ist, und wurden alle mit unterschiedlichen Mehrheiten abgelehnt.

Die 7 Änderungsanträge der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER befassten sich mit den Themen Förderung des Handwerks, der Förderung des Tourismus, Darlehen an kleine und mittelständische Unternehmen, Zuschüsse zur Erschließung von Auslandsmärkten, der Förderung von Kleinspeichernalagen sowie mit Investitionen für die gewerbliche Wirtschaft und wurden alle mit unterschiedlichen Mehrheiten abgelehnt.

Im Ergebnis der Beratung zum Einzelplan 08 und zum Einzelplan 20 votierten die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Energie mehrheitlich (8/3/4) dafür, dem federführenden Ausschuss die Annahme des Einzelplans 08 und des Einzelplans 20 in der beschlossenen Fassung zu empfehlen.

Des Weiteren nimmt der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie den „Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025“ und die „Aktualisierte Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ zur Kenntnis.



Frank Bommert
Berichterstatte und Vorsitzender
des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Anlagen

- Anlage 1: Gesamtübersicht über den Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Energie
(Ansatz 2022); Veränderungsnachweis zum Einzelplan 08
- Anlage 2: Gesamtübersicht über den Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Energie
(Ansatz 2022); Veränderungsnachweis zum Einzelplan 20
- Anlage 3 Änderungsanträge zum Einzelplan 08